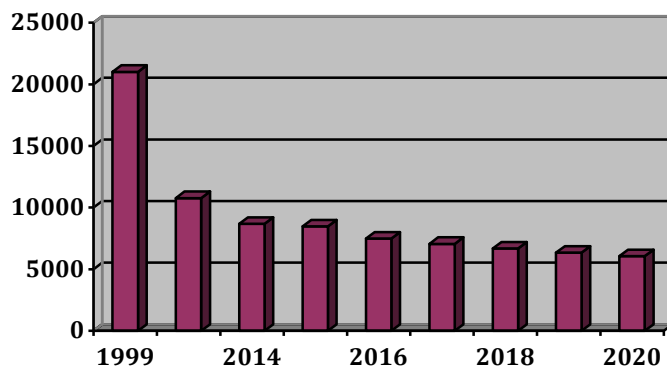


Milchviehhalter-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

Wir, die Milchviehhalter in Baden-Württemberg und Deutschland, haben an die Politik wichtige Zukunftsfragen. Nach mehreren, innerhalb weniger Jahre auftretender Milchmarktkrisen macht uns Milchbäuerinnen und Bauern die allgemeine Situation auf den Betrieben wirtschaftlich und psychologisch schwer zu schaffen. Unsere Betriebe sind durch die Folgen der Milchmarktkrisen wirtschaftlich nicht in der Lage gewesen finanzielle Reserven aufzubauen. Die Proteste von Landwirten in den vergangenen Monaten haben allerdings gezeigt, dass nahezu alle landwirtschaftlichen Produktionsbereiche von den Problemen betroffen sind und dringend Lösungen erarbeitet werden müssen.

Gleichzeitig steht die Milchviehhaltung vor einem ungebremst fortschreitenden Strukturwandel, der sich in folgenden Zahlen abbilden lässt: Zur Jahrtausendwende produzierten noch knapp 22.000 Milchviehbetriebe in Baden-Württemberg – im Jahr 2020 waren es noch gut 6.000. Somit sind in weniger als 20 Jahren mehr als zwei Drittel der Betriebe weggefallen. Die Politik scheint sich mit dem Zustand abgefunden zu haben, dass in Baden-Württemberg in jedem Jahr ca. 500 kleine und mittelständische Milcherzeuger die Hoftore schließen und nie wieder öffnen. Dies stellt einen immensen Verlust an Kaufkraft gerade im Ländlichen Raum mit den entsprechenden Folgen für den vor- und nachgelagerten Bereich dar. Ebenso entsteht hierdurch ein Verlust an Biodiversität, den wir uns zukünftig nicht mehr leisten werden können.

Entwicklung der Milchviehbetriebe in Baden-Württemberg:



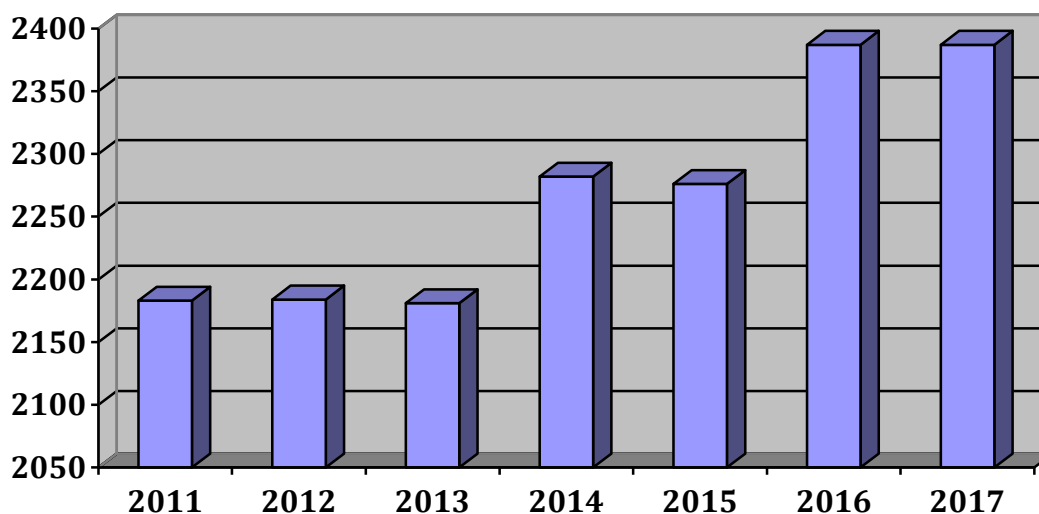
BDM-Wahlprüfsteine Landtagswahl Baden-Württemberg 2021

1999	2010	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
21009	10771	8674	8469	7477	7054	6670	6337	6046

Quelle: Statistik BW; eigene Darstellung

Dieser sich fortsetzende Strukturbruch ging allerdings - vor allem nach dem Ende der Milchquotierung – einher mit einer Steigerung der baden-württembergischen Milcherzeugung. Dieses Auseinanderdriften von Erzeugungsbetrieben und erzeugten Milchmengen führt zwangsläufig zu wachsenden Belastungen auf den bestehenbleibenden Betrieben. Dies sowohl in Hinblick auf die finanzielle und betriebswirtschaftliche Situation, die durch die notwendig gewordene Fremdkapitalfinanzierung in vielen Fällen immer bedrohlicher zu werden droht, als auch in Bezug auf die Arbeitsbelastung. Im Gegensatz zur Situation in Nord- und Ostdeutschland wird allerdings der Großteil der baden-württembergischen Höfe im Familienbetrieb geführt. Dies führt zu einer extremen Arbeitsbelastung nicht nur für den Betriebsleiter, sondern vielfach auch für die gesamte Familie.

Entwicklung der im Baden-Württemberg erzeugten Milchmenge in 1000 t



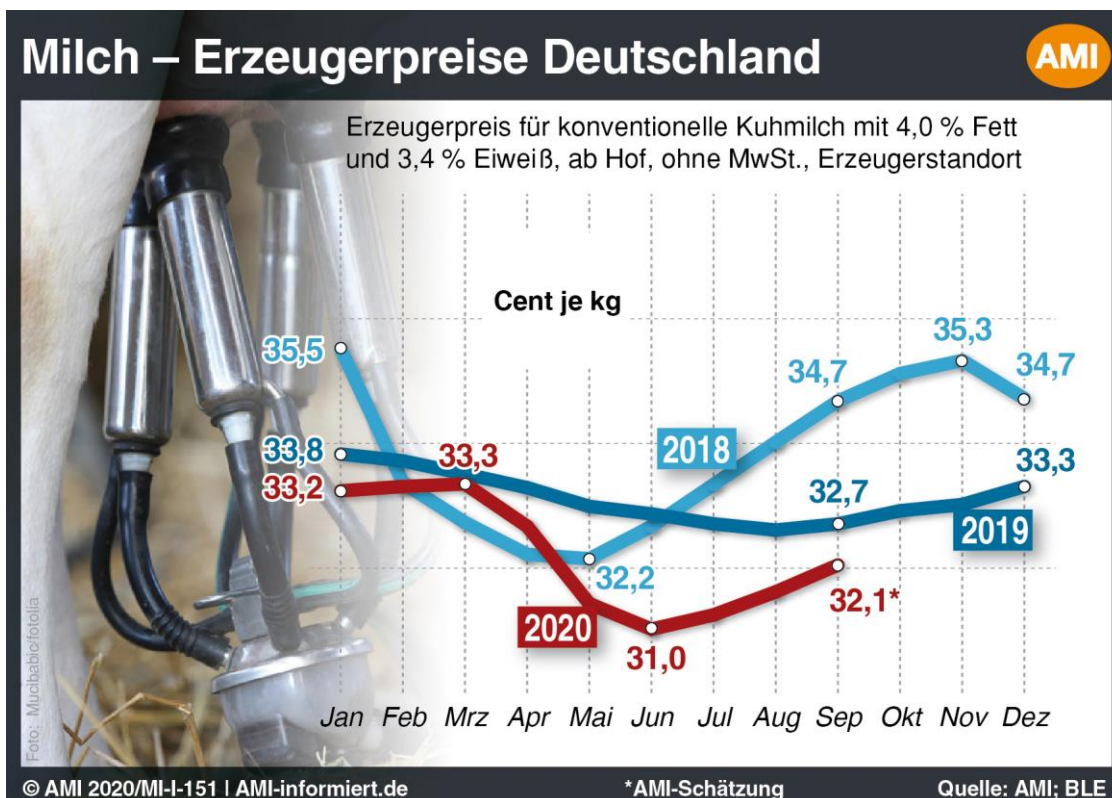
Jahr	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Milchmenge	2183	2184	2181	2282	2276	2387	2387

Quelle: AMI; eigene Darstellung

In den oftmals kleinräumigen und kleinstrukturierten Betrieben Baden-Württembergs liegen allerdings die Erzeugungskosten deutlich über dem Bundesschnitt und notieren in Süddeutschland bei über 52 Cent / kg Rohmilch¹. Allerdings notieren die Milchauszahlungspreise schon seit Jahren in einem Bereich von durchschnittlich ca. 33 Cent / kg.

Deutschland									
Datum der Veröffentlichung: 15.10.2020									
Jahr/Quartalswert*	2014	2015	2016	2017	2018	2019	Januar 2020	April 2020	Juli 2020
Milcherzeugungskosten in ct/kg	44,39	41,20	42,44	43,17	45,57	47,44	45,93	46,76	46,95
Milchauszahlungspreis in ct/kg**	38,78	30,53	27,93	37,40	35,60	33,70	33,24	32,68	31,24
Preis-Kosten-Ratio	0,87	0,74	0,66	0,87	0,78	0,71	0,72	0,70	0,67

Im Zuge dieser Wirtschaftlichkeitskrise verlieren unsere Höfe systematisch Eigenkapital und die Möglichkeit zur Neu- oder Ersatzinvestition.



¹ <https://www.milch-marker-index.de/>

BDM-Wahlprüfsteine Landtagswahl Baden-Württemberg 2021

Schon heute ist die Situation vieler Milchviehbetriebe äußerst angespannt. So haben sich laut Daten der Landesanstalt für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlichen Raum die Buchführungsergebnisse von Milchviehbetrieben von 2018/19 zu 2019/20 um 24 % verringert. Das durchschnittliche ordentliche Betriebsergebnis sank von 61.218 € auf 46.263 €.

Auch die Nettorentabilität hat sich verringert und beträgt nur noch 74,7 %, was bedeutet, dass von den eingesetzten Produktionsfaktoren nur noch $\frac{3}{4}$ entlohnt werden können.

Die nicht zufriedenstellende Einkommenssituation ist dabei neben den gesunkenen Milchpreise auch auf Ergebnisrückgänge der Milchviehbetriebe beim Verkauf der Rinder, sowie geringere Futtererträge wegen anhaltender Trockenheit zurückzuführen.

Zur folgenden fünf Themenspektren möchten wir Ihnen einige Fragen stellen:

I. Milchmarkt

Die Milcherzeuger erleben – neben der permanenten Gefahr von neuen Marktkrisen – aktuell eine schwere Wirtschaftlichkeitskrise ihrer Betriebe. Daher muss – neben einer Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen Marktkrisen – auch die Marktposition der Milchviehhalter gegenüber der verarbeitenden Industrie gestärkt werden. Diese Fehlstellung in der Marktmacht am Milchmarkt hat bereits das Bundeskartellamt mehrfach festgestellt.

Parallel dazu ist der Milchmarkt kein regionaler oder nationaler Markt mehr. Vielmehr muss mindestens von einem EU-Binnenmarkt – wenn nicht Weltmarkt – gesprochen werden. In diesem volatilen Marktumfeld und auch bedingt durch die extrem gestiegene EU-Milchproduktion fallen immer wieder Angebot und Nachfrage an Rohmilch auseinander. Dies mit teilweise ruinösen Folgen für die ausbezahlten Milchpreise. Der BDM hat daher schon seit geraumer Zeit ein Krisenmechanismus vorgeschlagen, welcher in solchen Krisenphasen die Milchproduktion an die nachgefragte Menge anpasst und somit ein Abrutschen des Gesamtmarktes verhindert.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?
2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?
3. Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?
4. Wie sieht Ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchmarktkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer sogenannten Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?
5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?
6. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Produktionskosten auch im Hinblick auf die steigenden Anforderungen an die Milchviehhaltung (Tierwohl, DÜV, etc.) durch den Verkauf der Rohmilch zu decken?

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2020 / allgemeine Agrarpolitik

Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2020 und der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) werden intensiv geführt. Der BDM e.V. sieht im Zusammenhang mit der laufenden Diskussion um die GAP 2020 die Möglichkeit, die Landwirtschaft nachhaltig in Hinblick auf die vor ihnen liegenden Aufgaben und Herausforderungen weiterzuentwickeln. Es geht um die Zukunft unserer ländlichen Räume, der Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von Arbeitsplätzen – auch und gerade im vor- und nachgelagerten Bereich.

Mit der bisherig anscheinend alleinigen Konzentration der GAP auf die Verteilung von Agrargeldern wird weder die Zielsetzung der Gewährleistung eines entsprechenden Pro-Kopf-Einkommen der BäuerInnen, noch eine Stabilisierung der Märkte für Agrarprodukte erreicht. Die Bäuerinnen und Bauern haben dann den finanziellen Spielraum, tiefgreifende Veränderungen der GAP nicht nur mitzutragen, sondern auch umzusetzen.

Fragen:

1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?
2. Wie bewertet Ihre Partei den vorliegenden Vorschlag der Kommission und auch des EU-Parlaments zur Weiterentwicklung der GAP 2020? Auch und gerade in Bezug auf ein Bonus- / Malus-System in Bezug auf einen krisenbedingten Produktionsverzicht.
3. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?
4. In Bezug auf das Agrarinvestitionsprogramm: Wie denkt Ihre Partei über eine Verbindung zwischen Förderung und Bindung der Tierhaltung an Fläche oder einer Förderung von Betrieben bis zu einer bestimmten Größe (bspw. Absenkung der Prosperitätsgrenze, Absenkung der Förderobergrenze)? Könnte eine solche Änderung auch kleine und mittelständische Betriebe besser fördern?
5. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen oder einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?
6. Die zunehmende Spezialisierung der Milchproduktion ist verbunden mit der Erzeugung von Kälbern, die oft im Alter zwischen zwei und fünf Wochen verkauft werden. Da für viele diese Tiere in der regionalen Wertschöpfungskette vor Ort keine Kapazitäten vorhanden sind, müssen sie derzeit nach Norddeutschland oder ins EU-Ausland mit z.T. sehr langen Transportwegen verkauft werden. Bedingt durch den

BDM-Wahlprüfsteine Landtagswahl Baden-Württemberg 2021

Ausbruch der Blauzunge sind die Kälberpreise seit geraumer Zeit extrem unter Druck geraten. Wie steht Ihre Partei zu einem baden-württembergischen Kälbermastprogramm, um die Einkommen der Landwirte zu stützen?

7. Die Bundesregierung hat sich auf die Einführung einer Grundrente im Jahr 2021 verständigt. Warum profitieren die Versicherten der LAK nicht? Wird hier gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen? Sieht Ihre Partei Bedarf und wie kann die sehr niedrige Altersversorgung der Landwirte verbessert werden?

III. Herkunftskennzeichnung / Standardisierung

In Zeiten zunehmender Sensibilisierung eines größer werdenden Teils der VerbraucherInnen und der Medien sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeter Herstellungsbestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es grenzt an Verbrauchertäuschung, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts angegeben, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts gekennzeichnet werden muss. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Verbraucher entsprechendes Vertrauen in die Produkte setzen können.

Gleichzeitig gehen von der Nahrungsmittelindustrie Bestrebungen zu einer höheren Standardisierung und Anforderungen an landwirtschaftliche Produkte aus. Standards, die häufig die Produkte austauschbarer machen und gleichzeitig die Produktionskosten ohne entsprechende Kompensation erhöhen.

Frage:

1. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?
2. Ist Ihre Partei der Meinung, dass sich neue, höhere Standards auch zwingend in der Produktpreisen für landwirtschaftliche Güter ausdrücken muss?
3. Welchen Weg schlägt Ihre Partei zur Deckung der zusätzlichen Kosten der Standardisierung vor?

IV. Tierwohl

Das Thema Tierwohl beschäftigt zunehmend auch landwirtschaftsfremde gesellschaftliche Gruppen. Oft wird die konventionelle Landwirtschaft als Widerspruch zum Tierwohl und einer artgerechten Tierhaltung gesehen, dabei stellt gerade der tierwohl-orientierte Stallumbau große Investitionsanforderungen an die Betriebe.

Fragen:

1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hinzu als zielführend an?
2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?
3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?
4. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?
5. Die Schlussfolgerungen der Borchert-Kommission stellen die Nutztierhalter vor große Herausforderungen (Platzanforderungen, Außenklima). Ist nach Meinung Ihrer Partei eine Abstockung der Tierbestände mit diesen Anforderungen verbunden und wie sollen die notwendigen Investitionen bzw. der Einnahmeausfall durch Abstockung finanziert werden?
6. Höhere nationale Anforderungen an das Tierwohl dürfen nicht durch Importe von Agrarprodukten, die mit niedrigeren Anforderungen erzeugt wurden, unterlaufen werden. Wie steht Ihre Partei zu innovativen Mitteln zur Vermeidung von Qualitätsdumping wie z.B. Border Tax Adjustments, einer Pflichtkennzeichnung, partiellen Importverbote oder einem Lieferkettengesetz.

V. Digitalisierung

Die Digitalisierung spielt auch in der Landwirtschaft eine immer größere Rolle. Neben enormen Chancen sind allerdings auch Risiken in Hinblick auf Datenhoheit und -sicherheit gegeneinander abzuwägen. Ebenso stellt die zunehmende Digitalisierung auch hohe Investitionsanforderungen an die – schon heute eigenkapitalschwachen – Milchviehbetriebe. Diese Anforderungen binden Kapital, welches auch und gerade für Investitionen in anderen Bereichen, wie beispielsweise dem Tierwohl, benötigt wird.

Fragen:

1. Welche Chancen und Risiken sehen Sie in der Digitalisierung in der Landwirtschaft?
2. Wie möchten Sie die Datenhoheit der betreffenden LandwirtInnen sicherstellen?
3. Wie möchten Sie die Datensicherheit der betreffenden Betriebsdaten sicherstellen?
4. Wie stehen Sie zu einer Verpflichtung zu Open-Source-Technologien?
5. Wie sollen die zusätzlichen Kosten gerade von kleinen und mittleren Betrieben getragen werden?